



N i e d e r s c h r i f t

14. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur

Sitzungstermin: Montag, 19.11.2012
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Peter Behr
Herr René Bülow
Herr Kurt Barkowsky
Herr Peter Gloger
Frau Angelika Hahn-Fricke
Herr Joachim Miermeister
Herr Wilfried Mohr
Herr Marc-André Ehlers
Herr Klaus-Jürgen Krause
Herr Harald Krille
Herr Klaus-Peter Eberhard
Herr Arne Hansen
Herr Heinz-Michael Kittler
Herr Hans Grawitter Kreissenorenbeirat
Herr Sven-Hilmer Brauer
Herr Claus Peter Dieck
Frau Annette Glage
Herr Henning Wulf
Herr Kretschmer, Vorstandsvorsteher WZV
Frau Grandt, FBL Zentrale Steuerung
Herr Wolf, FBL Umwelt, Planen, Bauen
Frau Baum, FDL Bau- und Umweltverwaltung
Herr Hartmann, FDL Kreisplanung
Herr Rimka, FDL Bauaufsicht, Geschäftsstelle Gutachter-
ausschuss
Herr Scharping, FDL Rechtsangelegenheiten und Kommunaufsicht

Vertretung für: Herrn Buthmann, Jörg
bis 20:40 Uhr (TOP 4.1)
Vertretung für: Herrn Berg, Arne-Michael
Vertretung für: Herrn Stoltenberg, Peter
KT-Abg. als Gast
KT-Abg. als Gast
KT-Abg. als Gast
KT-Abg. als Gast

Herr Schwark, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
Hamburg-Randkreise
Herr Dr. Westphal, Regionalmanagement
Herr Flägel, Ressourcenmanagement/Finanzen
Herr Petersen, Kreisplanung
Frau Rutz, Protokollführerin

Abwesende:

Herr Arne-Michael Berg	entschuldigt
Herr Jörg Buthmann	entschuldigt
Herr Peter Stoltenberg	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2012
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 3.1 Aktuelle Aufgabenentwicklung in der Kreisverwaltung Segeberg; hier: notwendige Stellenbesetzungen in 2013
Vorlage: DrS/2012/105-1
- 3.2 Übertragung von Aufgaben des Kreises auf die WKS;
hier: teilweise Aussetzung der Kreistagsbeschlüsse
Vorlage: DrS/2012/119
- 3.3 Ausbau Hinterlandanbindung feste Fehmarnbeltquerung
Vorlage: DrS/2012/132
- 3.4 Budget 2013
Vorlage: DrS/2012/144
- 4 Berichte der Verwaltung
- 4.1 Aktueller Stand Breitbandversorgung
- 4.2 Teilfortschreibung Regionalplan I Windenergie - Endfassung
- 4.3 Landesplanungsänderungsgesetz

- 4.4 Geplante Straßenbaumaßnahmen 2012, die ins nächste Haushaltsjahr geschoben werden müssen
Vorlage: DrS/2012/153
- 4.5 RPA-Bericht
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Herr Behr eröffnet als stellvertretender Vorsitzender die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage DrS/2012/105-1 des Tagesordnungspunktes 3.1 mit den Budgetberatungen unter dem Tagesordnungspunkt 3.4 zu beraten. Die CDU-Fraktion spricht sich dagegen aus. Herr Ehlers spricht sich für den Vorschlag des Vorsitzenden aus. Der Vorsitzende stellt seinen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 5 Ablehnung: 7 Enthaltung: -

Da die Vorlage DrS/2012/150 nicht auf der Tagesordnung steht, schlägt der Vorsitzende vor, diese auf die Tagesordnung zum Punkt 3.4 aufzunehmen. Die CDU-Fraktion spricht sich gegen die Aufnahme auf die Tagesordnung aus, da die Vorlage ihr nicht vorliege und damit bekannt gewesen sei. Damit ist dieser Antrag abgelehnt und die Vorlage DrS/2012/150 wird in dieser Sitzung nicht beraten werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte „Aktueller Stand Breitbandversorgung“ unter 4.1, „Geplante Straßenbaumaßnahmen 2012, die ins nächste Haushaltsjahr geschoben werden müssen“ unter 4.4 und „RPA-Bericht“ unter 4.5 zu erweitern. Der Ausschuss erklärt sich mit diesen Ergänzungen einverstanden.

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung mit den besprochenen Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2012

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 20.08.2012 erhoben. Damit ist diese genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Aktuelle Aufgabenentwicklung in der Kreisverwaltung Segeberg; hier: notwendige Stellenbesetzungen in 2013 Vorlage: DrS/2012/105-1

Herr Wolf geht auf den Stellenmehrbedarf des Fachbereichs V ein.

Im Fachdienst 63.00 werde aufgrund erhöhter Fallzahlen eine Erhöhung um einen Stellenanteil von 0,1 benötigt. Im Fachdienst 63.00 werde daneben eine halbe Stelle im gehobenen Dienst benötigt, um zum Teil die Aufgaben, die nicht auf die WKS übergehen, sondern beim Kreis verbleiben, wahrzunehmen. Herr Wolf korrigiert, dass es sich hier um den Teilplan 521 anstatt 511 handele.

Im Fachdienst 63.40 würden 2 zusätzliche Bauingenieure benötigt, die befristet aufgrund gestiegener Fallzahlen eingestellt werden sollen. Um auf ein Absinken der Fallzahlen reagieren zu können, solle die Einstellung nur befristet erfolgen.

Im Fachdienst 61.00 werde eine halbe zusätzliche Stelle als Historiker oder Architekt benötigt. Seit Jahren bestehe hier eine Überlastung und es gebe keine Vertretungsregelung. Aufgrund einer Langzeiterkrankung würden die Aufgaben zurzeit nicht wahrgenommen werden.

Im Fachdienst 67.00 gebe es einen Mehrbedarf einer halben Stelle einer Verwaltungskraft. Die Aufgabenwahrnehmung sei mit dem vorhandenen Personalbestand nicht möglich. Herr Wolf korrigiert, dass es sich hier um den Teilplan 521 anstatt 554 handele. Die halbe Verwaltungskraft diene zum einen der Unterstützung der Aufgabenwahrnehmung von Herrn Dr. Westphal sowie der Wahrnehmung neuer Aufgaben. Daneben würden hier ein Ingenieur und ein Techniker als Klimaschutzmanager benötigt.

Auf Nachfrage von Herrn Mohr bestätigt Herr Wolf, dass es schwierig sei, qualifiziertes Personal für befristete Stellen zu finden. Es müsse jedoch auch reagiert werden können, wenn die Fallzahlen zurückgingen. Herr Wolf verstehe die schnellstmögliche Bearbeitung der Bauanträge auch als Wirtschaftsförderung. Herr Rimka erklärt, dass hier kein Vergleich anhand der Benchmarking-Zahlen gezogen werden könne, da nur die Zahlen pro Bauaufsicht vorlägen und nicht pro Ingenieur. Die Daten bezögen sich auf eine Organisationsuntersuchung aus dem Jahr 2008 und seien hochgerechnet worden.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke führt Herr Wolf aus, dass die zusätzliche halbe Stelle des Historikers/Architekten durchaus in Zusammenarbeit mit anderen Kreisen besetzt werden könne. Gespräch über eine gemeinsame Stelle gebe es bereits, aber es liege noch keine Zusage vor.

Herr Brauer fragt nach der Beschleunigung der Bearbeitung von Bauanträgen aufgrund neuer Technologien. Herr Rimka erklärt, dass es zurzeit keine Möglichkeit gebe, die Bearbeitung technisch zu beschleunigen. Die Bearbeitungsdauer hänge an den zu beteiligenden Stellen, denen eine bestimmte Frist eingeräumt sei.

Herr Wolf erläutert auf Nachfrage von Herrn Ehlers die Konsequenzen bei nicht ausreichend zur Verfügung stehendem Personal. Eine Baugenehmigung gelte, sofern die Unterlagen vollständig eingereicht seien nach einem Zeitraum von 3 Monaten als erteilt, so dass u.a. Gebühreneinnahmen verloren gingen. Die zwei zusätzlichen Stellen seien durch die erhöhten Gebühreneinnahmen gedeckt.

Herr Miermeister führt aus, dass er eine längere Wartezeit bei der Bearbeitung von Bauanträgen grundsätzlich akzeptiere, da die Anzahl der Anfragen aufgrund einer längeren Bearbeitungsdauer nicht sinke.

Auf Nachfrage von Herrn Miermeister erläutert Frau Grandt, dass die Stellenausschreibungen durchaus vor der Genehmigung des Haushaltes erfolgen könnten. Das Auswahlverfahren müsse dann unter dem Vorbehalt der Genehmigung erfolgen.

Herr Mohr fragt nach dem Durchschnittswert der Fallzahlen pro Bauingenieur in Segeberg. Herr Rimka führt aus, dass er diese Daten berechnen und nachliefern werde. Herr Rimka erklärt, dass die Kreisverwaltung zwar teuer, aber schnell arbeite. Um die jetzige Qualität zu halten, müsse in diese investiert werden. Es würden 150.000 Euro Mehreinnahmen erwartet. Dem gegenüber ständen nur 110.000 Euro Mehrausgaben für das Personal, so dass noch ein Gewinn in Höhe von 40.000 Euro zu verbuchen sei.

Herr Krille führt aus, dass Kosten dieser zusätzlichen Stellen gedeckt seien und Wirtschaftsförderung betrieben werden wolle. Er könne die Diskussion daher nicht verstehen.

Herr Dr. Westphal erklärt, dass die Klimaschutzmanager zu 85% bezuschusst würden. Der Zu-

wendungsbescheid liege vor.

Herr Ehlers führt aus, dass die Ergebnisse der Gebühreneinnahmen der Vorjahre zur Prognose herangezogen werden könnten und dass die beiden zusätzlichen Kräfte dem Kreis auch Mehreinnahmen brächten.

Herr Eberhard teilt mit, dass mit demselben Personal dieselben Einnahmen erzielt werden könnten, so dass der Überschuss steigen könne.

Herr Mohr bittet darum, die Entscheidung über die zwei zusätzlichen Bauingenieure zu verschieben bis die Berechnung von Herrn Rimka über die Durchschnittswerte vorliege.

Herr Hansen führt aus, dass es sich nicht nur um Aufgaben des Klimaschutzes handele, sondern auch um viele andere Aufgaben.

Herr Ehlers beantragt, nach Ende der Diskussion über jede zusätzliche Stelle einzeln abzustimmen.

Herr Miermeister beantragt, das Personalkonzept nur zur Kenntnis zu nehmen und keine Zustimmung zu erteilen. Herr Gloger pflichtet dem Vorschlag von Herrn Miermeister bei.

Herr Wolf erklärt, dass alle zusätzlichen Stellen bis auf die halbe Stelle als Historiker/Architekt im Budget 2013 enthalten seien.

Der Vorsitzende stellt nach Abschluss der Diskussion den Antrag von Herrn Miermeister zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur nimmt den Bericht der Verwaltung über die Stellenbesetzungen in 2013 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung:

zu 3.2 Übertragung von Aufgaben des Kreises auf die WKS; hier: teilweise Aussetzung der Kreistagsbeschlüsse Vorlage: DrS/2012/119

Herr Ehlers schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu ändern und zu ergänzen. Statt „längstens bis Ende 2014 ausgesetzt“ solle es „längstens bis Ende 2013 ausgesetzt“ heißen. Daneben solle der letzte Satz in „Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema soll im Frühjahr 2013 erfolgen, nachdem die WKS erklärt hat, welche Aufgaben sie übernimmt bzw. was zusätzlich von ihr in Angriff genommen wird.“ geändert werden. Aus seiner Sicht habe die WKS bislang zu wenige Aufgaben übernommen. Herr Eberhard führt aus, dass der Aufsichtsrat mit der WKS sehr zufrieden sei und dass lediglich steuerrechtliche Probleme beständen. Herr Mohr folgt dem Vorschlag von Herrn Ehlers, da in der letzten Sitzung der Beschluss gefasst worden sei, dass die Aufgaben nicht bis 2014 übertragen werden, sondern dass die Aufgabenübertragungen in 2013 nochmals beraten würden.

Herr Barkowsky schlägt vor, den Beschlussvorschlag lediglich dahingehend zu ändern, dass das Wort „Ende“ entfällt und der letzte Satz mit „erfolgen“ endet.

Nach kurzer Diskussion stellt der Vorsitzende den Beschlussvorschlag mit dem Änderungsvorschlag von Herrn Ehlers zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag ist einverstanden, dass die Beschlüsse des Kreistages - bezüglich der Gründung der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH und bezüglich der Übertragung von Aufgaben des Kreises auf jene (DrS/2011/003-1 und 004 und 048) und der diese vorbereitenden Beschlüsse der Fachausschüsse - bis zur endgültigen Klärung durch den zuständigen Fachausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur bezüglich des Teilspektes „Übertragung von Aufgaben und von Projekten des Kreises auf die WKS“ längstens bis Ende 2013 ausgesetzt werden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema soll im Frühjahr 2013 erfolgen, nachdem die WKS erklärt hat, welche Aufgaben sie übernimmt bzw. was zusätzlich von ihr in Angriff genommen wird.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 6 Ablehnung: 6 Enthaltung: -

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag mit dem Änderungsvorschlag von Herrn Barkowsky zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag ist einverstanden, dass die Beschlüsse des Kreistages - bezüglich der Gründung der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH und bezüglich der Übertragung von Aufgaben des Kreises auf jene (DrS/2011/003-1 und 004 und 048) und der diese vorbereitenden Beschlüsse der Fachausschüsse - bis zur endgültigen Klärung durch den zuständigen Fachausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur bezüglich des Teilspektes „Übertragung von Aufgaben und von Projekten des Kreises auf die WKS“ längstens bis 2014 ausgesetzt werden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema soll im Frühjahr 2013 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 6 Ablehnung: 3 Enthaltung: 3

zu 3.3 Ausbau Hinterlandanbindung feste Fehmarnbeltquerung

Vorlage: DrS/2012/132

Herr Hartmann führt in die Thematik ein.

Herr Mohr beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Forderung der Aufnahme des Ausbaus der Fehmarnsundbrücke in den Bundesverkehrswegeplan nicht zur Kenntnis genommen wird, sondern auch unterstützt wird.

Herr Hansen erklärt, dass aus seiner Sicht das Kosten-Nutzenverhältnis nicht stimme. Die Hinterlandanbindung sei ein zusätzlicher großer Kostenfaktor für den Bund sowie ein Konkurrenzprojekt zur A20. Er könne die Unterstützung des Projekts nicht mittragen.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag mit der von Herrn Mohr beantragten Änderung zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg unterstützt die Forderung nach einer Aufnahme des Baus der Verbindungskurve Bad Kleinen mit Elektrifizierung der Bahnstrecke Lübeck-Bad Kleinen in den Bundesverkehrswegeplan und die Forderung der Aufnahme des Ausbaus der Fehmarnsundbrücke in den Bundesverkehrswegeplan.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 9 Ablehnung: 1 Enthaltung: 2

zu 3.4 Budget 2013

Vorlage: DrS/2012/144

Herr Wolf hat eine Änderungsliste verteilt, aus der alle Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf hervorgehen. Zunächst wird das Budget der Teilpläne beraten.

Teilplan 511; S. 561 ff.

Herr Hartmann erklärt, dass die Kosten für die Klimaschutzmanager sowie die Einnahmen aus der Förderung und die Ausgaben für das Klimaschutzkonzept die wesentlichen Änderungen in diesem Teilplan seien.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke nach den Geschäftsaufwendungen für Sachverständigen-, Gericht- und ähnliche Vergütungen erklärt Herr Hartmann, dass sich hier die Kosten für das Klimaschutzkonzept befänden. Auf Nachfrage von Herrn Ehlers erläutert Herr Hartmann, dass die Zuschüsse für den Wettbewerb „schönes Dorf“ nur alle drei Jahre gezahlt würden, weil der Wettbewerb im dreijährigen Rhythmus stattfindet. Es könne davon ausgegangen werden, dass

die Mittel nicht verbraucht würden, da das Land die Aufgabe bereits für 2012 an sich gezogen habe.

Herr Dr. Westphal berichtet, dass der Gesamtaufwand für das Klimaschutzkonzept bei 71.400 Euro liege. Die Einnahme der Bundesmittel habe ursprünglich bei 60.000 Euro gelegen und liege nun bei 49.980 Euro, da der Anteil der Förderung gesunken sei. Der Kreisanteil erhöhe sich daher von 10.800 Euro auf 21.421 Euro. Der Gesamtaufwand der Klimaschutzmanager für drei Jahre liege bei ca. 365.000 Euro, der Zuschuss in Höhe von 85% durch Bundesmittel liege hier bei ca. 310.000 Euro. Für 2013 ergebe sich ein Gesamtaufwand in Höhe von 121.760 Euro statt 181.900 Euro. Die Bundesmittel lägen bei 103.496 Euro statt 94.000 Euro und der Kreisanteil sinke von 87.900 Euro auf 18.264 Euro.

Teilplan 521; S. 565 ff.

Herr Rimka führt aus, dass die Einnahmen aufgrund der guten Entwicklung der vergangenen Jahre von 800.000 Euro auf 950.000 Euro zu erhöhen seien. Es gebe eine neue Position in Höhe von 200 Euro für die Ausgabe des Großkopierers. Im investiven Bereich würden 1.000 Euro für ein neues Gerät benötigt.

Herr Wolf erklärt, dass im Ansatz der Zwangsgelder Maßnahmen, die noch nicht abgeschlossen und bei denen Zwangsgelder festgesetzt worden seien, einzuplanen seien.

Teilplan 523; S. 575 ff.

Herr Hartmann erklärt, dass es bis auf die halbe zusätzliche Stelle, die nicht im Haushaltsentwurf enthalten sei, keine Änderungen zum Vorjahr gebe.

Teilplan 541; S. 579 ff.

Herr Hartmann führt aus, dass es sich um einen bilanziellen Posten handele.

Teilplan 542; S. 583 ff.

Herr Hartmann erklärt, dass zusätzliche Zuwendungen vom Land in Höhe von 400.000 Euro einzuplanen seien. Diese fänden sich in den Ausgaben bei der Unterhaltung von Kreisstraßen wieder.

Bei den Geschäftsaufwendungen gebe es zusätzliche Ausgaben in Höhe von 65.000 Euro als Fortschreibung des Straßenerhaltungsmanagementsystems.

Auf Nachfrage von Herrn Mohr bestätigt Herr Hartmann, dass 3.000.000 Euro als Zuschuss an den WZV zur Unterhaltung der Straßen gingen. Hierzu gehörten beispielsweise das Räumen, Reinigen, Mähen und Kleinstreparaturen. Die weiteren Ausgaben in Höhe von 1.500.000 Euro ergäben sich aus dem Straßenerhaltungsmanagementsystem. Hier würden beispielsweise Deckenerneuerungsmaßnahmen, die noch nicht in den investiven Bereich fielen, durchgeführt werden. Herr Mohr regt an, den Ansatz zu erhöhen, um den Vermögenswert der Straßen zu erhalten. Herr Wolf erklärt, dass 2013 voraussichtlich mit dem bestehenden Personal die Umsetzung eines erhöhten Ansatzes nicht zu bewältigen sei. Da die sachliche und rechnerische Richtigkeitsprüfung beim Kreis liege, könnten keine freischaffenden Mitarbeiter einbezogen werden.

Herr Wolf geht auf das Investitionsprogramm 2013 ein.

Es ergäben sich eine Änderungen bei der K 92 Kreisverkehr bis K 4. Die Zuwendungen vom Land seien hier von 600.000 Euro auf 1.000.000 Euro zu erhöhen. Die Zuwendungen der Gemeinden sanken von 150.000 Euro auf 60.000 Euro. Hinzu kämen für den Erwerb von Grundstücken 10.000 Euro und die sonstigen Baumaßnahmen sanken von 1.590.000 Euro auf 650.000 Euro. Es müsse hier eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 362.000 Euro geben.

Weiterhin ergäben sich Änderungen bei der K 52 OD Rickling. Die Zuwendungen vom Land seien hier von 200.000 Euro auf 800.000 Euro zu erhöhen. Es kämen Zuwendungen von Gemeinden in Höhe von 250.000 Euro hinzu. Die sonstigen Baumaßnahmen sanken von 1.000.000 Euro auf 800.000 Euro. Die Verpflichtungsermächtigung müssten von 300.000 Euro auf 500.000 Euro erhöht werden.

Herr Miermeister teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushaltsentwurf nur mit Ausnahme der

zusätzlichen Personalkosten zustimmen könne. Herr Mohr beantragt, am Ende des Beschlussvorschlags den Satz „Dabei werden die Personalaufwendungen ausgenommen.“ aufzunehmen. Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

Danach stellt der Vorsitzende den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2013 (hier: Teilpläne 511, 521, 523, 541 und 542) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form (mit den eingebrachten Änderungen) zur Beschlussfassung. Dabei werden die Personalaufwendungen ausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Aktueller Stand Breitbandversorgung

Herr Kretschmer berichtet über den aktuellen Stand zur Breitbandversorgung im Kreis Segeberg. Sein Bericht geht als Anlage an diese Niederschrift.

Auf Nachfrage von Herrn Mohr führt Herr Kretschmer aus, dass nach bisherigem Stand keine Kosten auf den Kreis zukämen. Sofern die Umsetzung an einer zu niedrigen Anschlussquote scheitern würde, käme der WZV eventuell auf den Kreis zu, um eine mögliche Beteiligung an den Kosten zu besprechen, um das Projekt umsetzen zu können.

zu 4.2 Teilfortschreibung Regionalplan I Windenergie - Endfassung

Herr Hartmann berichtet zur Teilfortschreibung des Regionalplans I Windenergie. Diese sei im Kabinett beschlossen worden und solle am 17.12.2012 bekannt gemacht werden. Im Kreis Segeberg gebe es einen erheblichen Zuwachs an Eignungsflächen für Windenergie. Die Gemeinden seien zurzeit aufgerufen, die Bebauung der Eignungsflächen zu regeln. Es sei damit zu rechnen, dass in 2013 bereits die ersten Baumaßnahmen beginnen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Hartmann zur Kenntnis.

zu 4.3 Landesplanungsänderungsgesetz

Herr Hartmann berichtet, dass die Landesregierung die von der vorherigen Regierung vorgesehene Kommunalisierung der Regionalplanung zurückgenommen habe, so dass es bei der bisherigen Regelung bleibe.

Die neue Landesregierung beabsichtige, sämtliche Regionalpläne fortzuschreiben. Es werde wieder die Diskussion der Zusammenstellung der Planungsräume aufgegriffen, dass aus fünf Planungsräumen vier würden, um ein Verfahren einzusparen. Der Kreis würde hiervon betroffen sein. Herr Hartmann stellt die Möglichkeiten zur Zusammenlegung von Planungsräumen vor und möchte ein Meinungsbild des Ausschusses einholen. Herr Mohr führt aus, dass der Planungsraum mit dem Gebiet der Metropolregion Hamburg übereinstimmen sollte. Der Ausschuss schließt sich der Aussage von Herrn Mohr an und möchte primär die derzeitige Aufteilung der Planungsräume beibehalten.

zu 4.4 Geplante Straßenbaumaßnahmen 2012, die ins nächste Haushaltsjahr geschoben werden müssen

Vorlage: DrS/2012/153

Herr Wolf erklärt, dass die in 2012 nicht durchgeführten Baumaßnahmen der K 31 (Ortschaft Hitzhusen bis Bad Bramstedt: Vollausbau inkl. Radweg, Ortschaft Bad Bramstedt: Deckenerneuerung) und der K 92 (Ortsdurchfahrt bis Kreisverkehr K 4) in das Jahr 2013 geschoben würden.

Die Sofortmaßnahme bei der Brücke Herrenmühle befinde sich in Planung. Herr Petersen erklärt, dass sich der Vollausbau der K 54 an der Ortsdurchfahrt Sülfeld im Bau befinde. Im nächsten Frühjahr werde voraussichtlich die Decke wieder aufgebracht.

zu 4.5 RPA-Bericht

Herr Wolf führt aus, dass sich der Fachbereich V grundsätzlich der Kritik des Rechnungsprüfungsamtes stelle und diese umsetzen werde. Allerdings sei der Fachbereich nicht mit allen Kritikpunkten einverstanden. Die Satzung des Gutachterausschusses würde für nichtig gehalten werden, weil die Kreisordnung keine Anwendung finde. Alle Kreise hätten nach eigenen Satzungen Gutachterausschüsse mit entsprechenden Entgelterhebungen für die gutachterliche Leistung eingerichtet. Die Kreisordnung finde keine Anwendung, wenn es um die Bildung eines Ausschusses gehe. Da der Gutachterausschuss jedoch nach Landesrecht zu bilden sei, sei die Satzung rechtmäßig. Herr Wolf schlägt vor, die Gutachtersatzung des Kreises im nächsten Jahr trotzdem in Angriff zu nehmen, da er die Rechtsauffassung des Rechnungsprüfungsamtes zwar nachvollziehen, aber nicht vertreten könne. Andernfalls fehle eine erhebliche Einnahmequelle. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag von Herrn Wolf einstimmig zu.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Wolf informiert, dass sich die Arbeiten an der Brücke Herrenmühle zurzeit in der Ausschreibung befänden. Es sei geplant, in der nächsten Sitzung des Ausschusses im Februar 2013 einen Zeitplan zu den Maßnahmen vorzulegen.

Herr Wolf teilt mit, dass sich der Kreistag des Kreises Stade für die Erweiterung der A20 ausgesprochen habe. Der Kreistag des Kreises Stade bitte um Unterstützung von Schleswig-Holsteiner Seite.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Es werden keine Anregungen für die nächste Sitzung hervorgebracht.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Behr
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Rutz
(Protokollführerin)